

Presseinformation

Nr. 253 / 2013

Bildung / Schulgesetzänderung

Kiel, Dienstag, 28. Mai 2013



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: Ideologie siegt über Fachlichkeit

Zum heute durch die Landesregierung vorgestellten Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Mit der Schaffung der Wahlmöglichkeit sowohl bei G8 und G9 an Gymnasien, als auch bei der Frage nach dem Unterricht in abschlussbezogenen Klassen an Gemeinschaftsschulen hatte Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug einen sehr guten Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen geschaffen und die Schullandschaft endlich befriedet. Die Eigenverantwortlichkeit der Schulen wurde gestärkt; jede Schule konnte ihr pädagogisches Konzept umsetzen.

Es ist völlig unverständlich, warum die Landesregierung diesen Weg verlässt und wieder den Konfrontationskurs einschlägt. Die Aufregung im Land zeigt, dass diese Schulgesetznovelle nur Unfrieden stiftet und den Schulkampf befeuert. Der Schüler-, Eltern- und Lehrerwillen wird missachtet. Es gibt bundesweit keine Umfrage, die sich nicht klar für die Wiedereinführung von G9 ausspricht. Auch gibt es fachlich überhaupt keine Begründung für die vorgeschlagenen Änderungen. Das zeigen alle innerdeutschen Schulleistungsstudien. Denn je differenzierter ein Schulwesen und je weniger Einheitsschulen es in einem Land gibt, desto besser schneidet es ab. Die vorgeschlagenen Änderungen begründen sich allein aus Ideologie. Die ‚Selektionsrhetorik‘ der amtierenden Bildungsministerin zu den Gymnasien macht das nur allzu deutlich.

Ebenso sprechen die Äußerungen der Bildungsministerin, die ihre eigene Schulpolitik – bis auf die wenigen geplanten pragmatischen Ausnahmen – als ideologisches Durchregieren bezeichnet, für sich.

Die Landesregierung zeigt, dass sie mit diesem Schulgesetzentwurf klar die falschen Prioritäten in der Schulpolitik setzt. Vielmehr sollte sie Vorschläge machen, wie die Schüler bei G8 weiter entlastet und wie die kleinen Grundschulstandorte gestärkt werden können.“